

Stand: 02.07.2025 08:19:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12801

"Haushaltsplan 2021; hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität (Kap. 04 04 neuer Tit.)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12801 vom 28.01.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14259 des HA vom 11.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 4)
4. Beschluss des Plenums 18/14829 vom 24.03.2021



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
(Kap. 04 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 04 04 wird eine neue TG „Beratung für Opfer von Hate Speech-Kriminalität“ eingefügt und mit Mitteln in Höhe von 1,8 Mio. Euro ausgestattet.

Die Mittel dienen der Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle für Betroffene, umfassenden Aktionsprogrammen und einer zentralen Meldestelle.

Begründung:

Auch wenn die Staatsregierung mittlerweile endlich ihre Bemühungen intensiviert hat, konsequenter gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen, fehlt weiterhin ein wichtiger Baustein. Betroffene von Hate Speech sollen schnell und kompetent Hilfe erhalten. Deshalb brauchen wir eine gut ausgestattete zentrale Beratungsstelle für Opfer von Hate Speech. Die dort angebotene Unterstützung soll neben der unmittelbaren rechtlichen Beratung und der Entwicklung von Gegenstrategien auch die niedrigschwellige Hilfe bei gesundheitlichen Problemen umfassen. Hate Speech und Cybermobbing führen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, schnell zu ernsthaften gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Depressionen und suizidalen Gedanken. Die Opferberatungsstelle vermittelt hier Hilfe bei der Bewältigung erlittener Verletzungen und Traumata. Wir wollen, nach dem Vorbild „respect!“ in Baden-Württemberg, eine zentrale Meldestelle für Hate Speech einrichten. Die Meldestelle setzt sich dafür ein, dass internationale Unternehmen deutsches Recht ernst nehmen. Eingehende Meldungen werden zunächst auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft und nach Straftatbeständen kategorisiert. Entsprechende Beiträge leitet die Meldestelle dann den Betreibern der betreffenden Netzwerke mit der Aufforderung zur Löschung weiter. Zeigen sich die Provider nicht kooperativ, ist in bestimmten Fällen eine Klage möglich. Die Meldestelle „respect!“ verfolgt als Ziel nicht nur die Löschung der Beiträge. Vielmehr geht es auch darum, die Verfasserinnen und Verfasser von Hate Speech in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb werden bei volksverhetzenden Beiträgen ihre Verfasserinnen und Verfasser von der Meldestelle angezeigt. Betroffene von Hetze im Internet werden nach der Meldung ihres Anliegens nicht mit dem Problem allein gelassen. Es erfolgt eine begleitende Beratung. Ein entsprechendes Angebot ist auch für die Betroffenen von Hate Speech in Bayern erforderlich. Kinder und Jugendliche sind besonders verwundbar und müssen geschützt werden. Um zu verhindern, dass falsche Informationen weiterverbreitet werden und größeren Schaden anrichten, müssen Kinder und Jugendliche

lernen, wie man Informationen prüft, hinterfragt und ggf. aussortiert. Wir wollen Aktionsprogramme erarbeiten, in denen Unterrichtsmaterialien und eine Handreichung zum Thema Hate Speech bereitgestellt werden, um über das Problem aufzuklären und Betroffene zu befähigen, sich zur Wehr zu setzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2021; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums der Justiz**

Berichterstatter: **Steffen Vogel**

Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz
in 2021
von 200,0 Tsd. €
um 137,5 Tsd. €
auf 337,5 Tsd. €
erhöht.

2. Bei Kap. 04 02 Tit. 526 11 wird der Ansatz
in 2021
von 78,3 Tsd. €
um 37,5 Tsd. €
auf 115,8 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze
in 2021
 - a) bei Tit. 514 11
von 639,5 Tsd. €
um 350,0 Tsd. €
auf 989,5 Tsd. €
 - b) bei Tit. 685 01
von 345,0 Tsd. €
um 170,0 Tsd. €
auf 515,0 Tsd. €
sowie

- c) bei Tit. 511 99
von 19.660,6 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 19.960,6 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 04 04 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für die Justiz
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 18/13028
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leitfaden zur Verkehrssicherungspflicht für Badestellen an natürlichen Gewässern
(Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/13029
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bewährungshilfe - Ausstattungsprogramm "Mobiles Arbeiten"
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 18/13030
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausstattung der Gerichtsvollzieher mit Stichschutzwesten
(Kap. 04 04 Tit. 514 11)
Drs. 18/13031

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Erweiterung des Projektes "Kein-Täter-werden-Bayern" in staatlicher Trägerschaft
(Kap. 04 04 Tit. 685 01)
Drs. 18/13032

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstat-sachenforschung in Bayern
(Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
Drs. 18/12759
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für den Rechtsstaat - Mittel für die Finanzierung von 450 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12760
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwälte in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 18/12761
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für einen guten Behandlungsvollzug - Mittel für die Finanzierung von 464 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/12762
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 18/12763

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 04 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12794
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12795
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - 50 neue Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12796
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/12797
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12798
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - 80 neue Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/12799
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - Digitales Arbeiten in einer modernen Justiz
(Kap. 04 04 Tit. 812 30 u. TG 99)
Drs. 18/12800
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 18/12801

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern - 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/12802
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte für Postdienstleistungen
(Kap. 04 04, Tit. 511 02)
Drs. 18/12887
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 18/12943

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 84. Sitzung am 11. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 14/12/13/16/18/23-H 1108.14-1/27

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2021

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Staatsministerium der Justiz

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2021 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		Neuer Betrag 2021 Tsd. €
		3		4
1	2			
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			
111 01-9 051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Vermerk unverändert.</i>	A 883.900,0 B +14.000,0		897.900,0
	Gesamteinnahmen	A 1.110.302,0 B +14.000,0		1.124.302,0
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
526 21-4 051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Pro- zesskostenhilfe <i>Vermerk unverändert.</i>	A 44.000,0 B +14.000,0		58.000,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
685 02-4 051	Zuschuss zum Kantinenbetrieb <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 195,0 Tsd. € zu Lasten der HGr. 5.</i>	A B		---
	Gesamtausgaben	A 1.642.007,1 B +14.000,0		1.656.007,1

Erläuterungen

Zu 04 04/111 01

2021 gegenüber 2020:

Mehr 14.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/526 21

2021 gegenüber 2020:

Mehr 14.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/685 02

Über den neuen Titel und Haushaltsvermerk soll im Bedarfsfall die Bezuschussung von Kantinenbetrieben der Justiz ermöglicht werden.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2021	Neuer Betrag 2021
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	1.106.772,0	1.120.772,0
		B	+14.000,0	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	3.530,0	3.530,0
		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.110.302,0	1.124.302,0
		B	+14.000,0	
	Personalausgaben	A	864.388,8	864.388,8
		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	638.920,0	652.920,0
		B	+14.000,0	
	Ausgaben für den Schuldendienst	A	50,0	50,0
		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für In- vestitionen	A	17.070,9	17.070,9
		B	-	
	Baumaßnahmen	A	86.604,0	86.604,0
		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	34.973,4	34.973,4
		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.642.007,1	1.656.007,1
		B	+14.000,0	
	Zuschuss	A	531.705,1	531.705,1

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 04			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	1.150.588,5 +14.000,0	1.164.588,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.949,0 -	3.949,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.154.537,5 +14.000,0	1.168.537,5
	Personalausgaben <i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 625,0	A B	1.736.132,3 -	1.736.132,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 238.989,9	A B	748.590,4 +14.000,0	762.590,4
	Ausgaben für den Schuldendienst	A B	50,0 -	50,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 18.730,0	A B	41.946,4 -	41.946,4
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 112.500,0	A B	153.529,6 -	153.529,6
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 24.050,0	A B	62.978,5 -	62.978,5
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-14.092,4 -	-14.092,4
	Gesamtausgaben	A B	2.729.134,8 +14.000,0	2.743.134,8
	<i>Verpflichtungserm. 2021 Tsd. €</i> 394.894,9			
	Zuschuss	A	1.574.597,3	1.574.597,3

Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 4)

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 04 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtsstatistikenforschung in Bayern
(Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
Drs. 18/12759
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für den Rechtsstaat – Mittel für die Finanzierung von 450 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12760
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwälte in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 18/12761
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für einen guten Behandlungsvollzug – Mittel für die Finanzierung von 464 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/12762

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 18/12763
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 04 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12794
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubert u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12795
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubert u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 50 neue Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12796
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubert u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/12797
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubert u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12798
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubert u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 80 neue Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/12799

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Digitales Arbeiten in einer modernen Justiz
(Kap. 04 04 Tit. 812 30 u. TG 99)
Drs. 18/12800
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 18/12801
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/12802
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte für Postdienstleistungen
(Kap. 04 04, Tit. 511 02)
Drs. 18/12887
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 18/12943

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident